



BUNDESGERICHTSHOF

IM NAMEN DES VOLKES

URTEIL

4 StR 424/14

vom

29. Januar 2015

in der Strafsache

gegen

wegen exhibitionistischer Handlungen

Der 4. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat in der Sitzung vom 29. Januar 2015, an der teilgenommen haben:

Richter am Bundesgerichtshof

Dr. Mutzbauer

als Vorsitzender,

Richterin am Bundesgerichtshof

Roggenbuck,

Richter am Bundesgerichtshof

Dr. Franke,

Bender,

Dr. Quentin

als beisitzende Richter,

Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof

als Vertreter des Generalbundesanwalts,

Rechtsanwalt

- in der Verhandlung -

als Verteidiger,

Justizangestellte

als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

1. Die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des Landgerichts Siegen vom 17. März 2014 wird verworfen.

Der Beschwerdeführer hat die Kosten des Rechtsmittels zu tragen.

2. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft wird das vorbezeichnete Urteil mit den Feststellungen aufgehoben, soweit der Angeklagte freigesprochen worden ist.

Im Umfang der Aufhebung wird die Sache zu neuer Verhandlung und Entscheidung, auch über die Kosten des Rechtsmittels und die der Nebenklägerin hierdurch entstandenen notwendigen Auslagen, an das Amtsgericht Siegen - Strafrichter - zurückverwiesen.

Von Rechts wegen

Gründe:

- 1 Das Landgericht hat den Angeklagten wegen einer exhibitionistischen Handlung zu einer Geldstrafe von 100 Tagessätzen zu je 30 € verurteilt. Im Übrigen hat es ihn freigesprochen. Gegen die Verurteilung wendet sich der Angeklagte mit seiner Revision, die auf die allgemeine Sachrüge gestützt ist. Die Staatsanwaltschaft, die sich gegen den Freispruch wendet, rügt mit ihrer Revi-

sion die Verletzung materiellen Rechts. Das Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft hat Erfolg, dasjenige des Angeklagten bleibt hingegen erfolglos.

I.

2 Nach den Feststellungen des angefochtenen Urteils war der Angeklagte als Angestellter der Bundesagentur für Arbeit in der Außenstelle der ARGE im Rathaus in H. als Fallmanager im Bereich Stellenvermittlung für die unter 25-jährigen Arbeitssuchenden zuständig. Er betreute im Tatzeitraum 2009/2010 die beiden Söhne der Frau C. R. und die zum Urteilszeitpunkt 27-jährige Nebenklägerin W. .

3 1. An einem Tag Ende April/Anfang Mai 2009 suchte Frau C. R. den Angeklagten in seinem Büro auf, weil die Ausbildungsstelle ihres älteren Sohnes in Gefahr war. Als sie weinend an dem Besuchertisch saß, den Kopf auf die Tischplatte gelegt, öffnete der Angeklagte den Reißverschluss seiner Hose, entblößte seinen erigierten Penis und schob seinen Schreibtischstuhl neben Frau C. R. . Um ihre Aufmerksamkeit zu erwecken, erklärte er ihr, sie brauche nicht mehr zu weinen. Damit - gemeint war sein Penis - könne sie glücklich sein. Dabei erhoffte er sich nicht den Geschlechtsverkehr mit der Zeugin, sondern durch die Reaktion der Frau eine Steigerung seiner sexuellen Befriedigung. Frau C. R. blickte auf, sah den erigierten Penis und war überrascht und geschockt.

4 2. Die sehr sensible und wenig durchsetzungsfähige Nebenklägerin W. bestellte der Angeklagte an einem Tag zwischen Ende November 2009 und Februar 2010 in sein Büro. Er fragte sie, ob sie einen Freund habe und machte ihr Komplimente. Der Angeklagte war sexuell erregt und forderte

die Nebenklägerin auf, "komm, lass uns küssen". In der Hoffnung, dann gehen zu können, wehrte sich die Nebenklägerin nicht, als er ihr einen Zungenkuss gab. Der Angeklagte fragte nun aber, "ob sie es ihm mit dem Mund machen würde". Obwohl die Nebenklägerin die Frage verneinte, entblößte er sein erigiertes Geschlechtsteil und führte es ihr, ohne dass sie Widerstand leistete, in den Mund. Er machte eine oder mehrere Vor- und Rückbewegungen, kam aber nicht zum Samenerguss. Der Angeklagte zog nach kurzer Zeit seinen Penis aus dem Mund der Nebenklägerin, stellte sich hinter sie und befriedigte sich selbst. Dabei hielt er wiederholt den Penis an ihren Hinterkopf. Auch stellte er sich wiederholt neben die Nebenklägerin, damit diese ihm zuschauen. Gleichzeitig forderte er sie auf, doch zu schauen, was er mache. Die Nebenklägerin wandte ihren Kopf immer wieder vom Angeklagten weg, der schließlich in seine Hand ejakulierte. Die Nebenklägerin war schockiert.

5

3. Das Landgericht hat den Angeklagten wegen einer exhibitionistischen Handlung zum Nachteil von Frau C. R. verurteilt. Hinsichtlich der Nebenklägerin hat es ein strafbares Verhalten verneint: Das Handeln des Angeklagten stelle weder eine sexuelle Nötigung/Vergewaltigung nach § 177 Abs. 1 und 2 StGB noch eine Nötigung nach § 240 StGB dar. Der Angeklagte habe weder Gewalt angewendet noch mit Gefahr für Leib oder Leben gedroht noch habe sich die Nebenklägerin in einer schutzlosen Lage befunden. Der Angeklagte habe auch nicht mit der Ausnutzung seiner "Machtposition" gedroht. Eine exhibitionistische Handlung nach § 183 StGB liege nicht vor, weil sich der Angeklagte nicht entblößt habe, um sich durch die Reaktion der Nebenklägerin zu erregen, sondern weil er sich erhofft habe, mit ihr den Oralverkehr ausüben zu können. Dass er sich ihr später noch einmal gezeigt habe, hat das Landgericht nicht als neuen Tatentschluss gewertet, denn entblößt habe sich der Angeklagte zur Durchführung des Sexualverkehrs.

II.

6 Das Rechtsmittel des Angeklagten ist unbegründet im Sinne des § 349
Abs. 2 StPO. Die Überprüfung des Urteils hat keinen Rechtsfehler zu seinem
Nachteil ergeben.

III.

7 Die Revision der Staatsanwaltschaft führt zur Aufhebung des Urteils, so-
weit der Angeklagte freigesprochen worden ist.

8 1. Die Ausführungen der Strafkammer lassen besorgen, dass sie von ei-
nem zu engen Begriff der exhibitionistischen Handlung ausgegangen ist.

9 Eine exhibitionistische Handlung ist dadurch gekennzeichnet, dass der
Täter einem anderen ohne dessen Einverständnis sein entblößtes Glied vor-
weist, um sich dadurch oder zusätzlich durch Beobachten der Reaktion der an-
deren Person oder durch Masturbieren sexuell zu erregen, seine Erregung zu
steigern oder zu befriedigen (BT-Drucks. VI/3521 S. 53; BGH, Urteil vom
5. September 1995 - 1 StR 396/95, BGHR StGB § 183 Abs. 1 Exhibitionistische
Handlung 1). Die Tathandlung liegt in dem Vorzeigen des entblößten Gliedes
mit dem Ziel des hierdurch bewirkten sexuellen Lustgewinns. Dass der Täter
sein Geschlechtsteil bereits zu diesem Zweck entblößt hat, setzt die Vorschrift
hingegen nicht voraus (aA BayObLG NJW 1999, 72, 73). Weder aus dem Ge-
setzeswortlaut noch aus den Gesetzesmaterialien kann eine solche Einschrän-
kung hergeleitet werden. Vielmehr kann auch ein Täter, der sein Glied zuvor
etwa zum Zwecke des Urinierens frei gemacht hat oder der aus sonstigen

Gründen nackt herumläuft, die Tathandlung begehen, wenn er sich in bereits entblößtem Zustand entschließt, einem anderen ohne dessen Einverständnis sein Glied zum Zwecke des sexuellen Lustgewinns zu präsentieren.

10 2. Die Wertung der Strafkammer, dass dem Vorzeigen des Geschlechts-
teils kein "neuer Tatentschluss" zugrunde lag (UA S. 63), beruht möglicher-
weise auf der - wie oben näher dargelegt - irrigen Rechtsansicht, bereits das
Entblößen des Gliedes müsse in Erregungs-/Befriedigungsabsicht erfolgt sein.
Maßgeblich ist hingegen allein der zum Zeitpunkt des Vorzeigens des entblöß-
ten Gliedes vom Täter verfolgte Zweck, sich gerade hierdurch oder zusätzlich
durch die Reaktion des Gegenübers oder durch Masturbieren zu befriedigen.
Ob dies der alleinige Zweck des Vorzeigens des Gliedes sein muss oder ob der
Tatbestand auch erfüllt ist, wenn bei dem Täter ein Motivbündel vorliegt (so
BGH, Urteil vom 30. März 1983 - 2 StR 32/83), kann im vorliegenden Fall da-
hingestellt bleiben. Nach den bisherigen Feststellungen liegt es nahe, dass der
Angeklagte der Nebenklägerin nach dem Oralverkehr sein entblößtes Glied ge-
rade zum Zwecke des sexuellen Lustgewinns vorgezeigt hat, denn er stellte
sich immer wieder neben sie und forderte sie auf, doch zu schauen, was er ma-
che, um sich zu stimulieren (UA S. 26, 62). Nicht ausschließbar beruhte auch
der Schock der Nebenklägerin auf dem mehrfachen Vorweisen des entblößten
Gliedes zum Zwecke der sexuellen Stimulierung. Eine Belästigung der Neben-
klägerin durch die exhibitionistische Handlung ist jedenfalls nach den bisherigen
Feststellungen nicht auszuschließen.

11 Die Tat zum Nachteil der Nebenklägerin muss nach alledem neu verhan-
delt werden. Der Senat hat die Sache nach § 354 Abs. 3 StPO an das Amtsge-
richt Siegen - Strafrichter - zurückverwiesen, da dessen Zuständigkeit ausreicht.
Die sorgfältig getroffenen Feststellungen können als Grundlage einer möglichen

Verurteilung nicht bestehen bleiben, weil der die Tat bestreitende Angeklagte deren rechtsfehlerfreies Zustandekommen mangels Beschwer nicht überprüfen lassen konnte (vgl. BGH, Urteil vom 22. Juni 2006 - 3 StR 79/06, NStZ-RR 2006, 316, 317).

Mutzbauer

Roggenbuck

Franke

Bender

Quentin